

PRESSEMITTEILUNG 130 – 25.06.2026

Birte Pauls

Antiziganismus darf keinen Platz in unserer Gesellschaft haben - Finanzierung der Meldestelle dauerhaft sichern

Zum zweiten Jahresbericht der Melde- und Informationsstelle Antiziganismus in Schleswig-Holstein erklärt die minderheitenpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Birte Pauls:

„Dass die Meldestelle im vergangenen Jahr 25% mehr Vorfälle dokumentiert hat, ist erschreckend und ein klarer Auftrag zum Handeln.

Antiziganismus darf in unserer Gesellschaft keinen Platz haben! Jeder Angriff auf ein Mitglied der Sinti und Roma ist ein Angriff auf unsere demokratische Gesellschaft insgesamt.

Dabei bilden die dokumentierten Fälle lediglich das sichtbare Hellfeld ab. Es ist davon auszugehen, dass die tatsächliche Zahl antiziganistischer Vorfälle noch viel höher liegt. Viele Betroffene melden Vorfälle aus Scham oder mangelndem Vertrauen in staatliche Behörden erst gar nicht.

Ein wesentlicher Grund für die zunehmende gesellschaftliche Verrohung liegt darin, dass Rechte mit ihren minderheitenfeindlichen und diskriminierenden Narrativen Vorurteile „normalisieren“ und Ressentiments weiter in die Bevölkerung hineinragen. Aus Worten werden dann irgendwann Taten.

Die Zahlen belegen aber auch, wie wichtig die Arbeit der Meldestelle ist. Sie macht sichtbar, was Betroffene erleben und schafft dadurch erst die Grundlage für politische Konsequenzen. Deshalb muss die Finanzierung der Meldestelle langfristig und verlässlich gesichert werden.

Bundesministerin Prien steht hier in der Verantwortung, die notwendige Unterstützung dauerhaft zu sichern. Wir fordern Ministerpräsident Günther dazu auf, sich bei seiner Parteifreundin in Berlin mit Nachdruck dafür einzusetzen.“